

6. Auf dem Weg zur desintegrierten Stadt? – Zum Problem der sozialräumlichen Segregation in Europa

Harald Stöger/Josef Weidenholzer

6.1 Zum Begriff der Segregation

Das Phänomen der sozialräumlichen (oder residentiellen) Segregation hat sich in den vergangenen Jahren zu einem intensiv debattierten Forschungsgegenstand verschiedenster wissenschaftlicher Disziplinen (Regional- und Stadtsoziologie, Stadtgeographie und Sozialökologie) entwickelt. Fragestellungen, die sozialräumliche Entwicklungen in den Ballungsräumen ins Blickfeld rücken, basieren auf der Grundannahme, dass das Ausmaß an sozialer Ungleichheit in der städtischen Gesellschaft eine räumliche Ausprägung besitzt.

Individuen und Haushalte zeichnen sich durch ein Bündel von Merkmalen aus (Einkommen, Vermögen, Bildung, ethnische Zugehörigkeit, Geschlecht, Lebensstil, Wohnstandard), die zugleich zentrale Dimensionen sozialer Ungleichheit sind (Häußermann/Siebel 2003; Dangschat 1998). Sozialräumliche Segregation bildet sich aufgrund einer bestimmten Verteilung der Wohnstandorte der Haushalte am Stadtgebiet. Erst dadurch erhält die in Unterschieden bei Einkommen, Bildung und Lebensstil begründete soziale Ungleichheit eine räumliche Dimension. Die sozialräumliche Segregationsforschung analysiert somit die Wahl des Wohnstandortes und sucht nach Erklärungen für die vorgefundenen Muster der Wohnortverteilung in der Stadt.

Um die Ausprägungen der sozialräumlichen Segregation plausibel zu begründen, hat sich eine Methode durchgesetzt, die systematisch zwischen Einflussfaktoren auf der Angebots- und solchen auf der Nachfrageseite differenziert. Auf der Nachfrageseite wird anknüpfend an die Begrifflichkeit bei P. Bourdieu die Ausstattung der Haushalte mit ökonomischem, sozialem, kulturellem und symbolischem Kapital untersucht. Die Verfügung eines Haushaltes über Einkommen aus Erwerbsarbeit, über Vermögen, Sprachkenntnisse, Bildung und soziale Kontakte spielt bei der Wahl der Wohnform und des Wohnstandortes eine entscheidende Rolle (Dangschat 2000). Darüber hinaus werden subjektive Präferenzen wirksam, wenn Migranten die räumliche Nähe zu Haushalten ihrer Zuwanderungsethnie suchen und daher ethnisch homogene Stadtviertel als Wohnorte wählen.

Auf der Angebotsseite werden durch die Instrumente der Stadtplanung und der Wohnungspolitik Zonen mit verschiedenen Wohn- und Wohnstandortqualitäten geschaffen („politische Differenzierung von Räumen“). Zugleich kristallisieren sich zwischen Wohnqualitäten und Wohnstandorten zum Teil erhebliche Preisdifferenzen heraus („ökonomische Differenzierung des Raumes“), ebenso verfügen die einzelnen Stadtteile über eine positive oder negative Etikettierung, die in ihrer Geschichte, ihrer städtebaulichen Gestaltung und dem Image ihrer Bewohnerschaft begründet liegt („symbolische Differenzierung des Raumes“). Schließlich existiert noch eine „soziale Differenzierung von Räumen“, die vom Status ihrer Bewohner abhängt und durch eine bestimmte Preisgestaltung und sozial selektive Wohnungsvergabe gezielt gesteuert werden kann (Häußermann/Siebel 2004). Auf den Wohnungsmärkten entscheiden private, kommunale und gemeinnützige Wohnungsanbieter auf Basis von Marktmacht über die Vergabe von freien Wohnungen. Bei ihren Entscheidungen spielen nicht allein Kriterien wie die Einkommenshöhe oder die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses eine Rolle, sondern erfolgen häufig auch Diskriminierungen aufgrund von askriptiven Merkmalen, zu denen beispielsweise die ethnische Herkunft des betreffenden Wohnungswerbers zählt.

Die Kombination unterschiedlicher Kapitalausstattungen der Haushalte und einem nach Preis, Lage und Qualität differenzierten Wohnungsangebot bewirkt eine bestimmte Verteilung der Haushalte im Stadtgebiet. Die räumliche Segregation einkommensschwächerer Haushalte, denen auch ethnische Minderheiten angehören können, korrespondiert dabei mit einer räumlichen Separierung einkommensstarker Haushalte. Für die städtischen Eliten macht es Sinn, soziale Distanz auch in räumliche Trennung umzusetzen. Wie Dangschat aufgezeigt hat, können die urbanen Oberschichten bestimmte „Lokalisationsprofite“ realisieren, die in einem ruhigen Wohnumfeld, einer renommierten Wohnadresse, guter Erreichbarkeit und einer sozial homogenen Nachbarschaft begründet liegen (Dangschat 1998).

Einmal etabliert, erweisen sich die Muster sozialräumlicher Segregation als äußerst beharrungskräftig und sind gegenüber kurzfristigen Veränderungen weitgehend immun. Politische Interventionen können die Segregation nicht mehr korrigieren (im Sinne einer Strategie der Desegregation), sondern günstigstenfalls die Segregationsfolgen für benachteiligte Haushalte entschärfen.

Die europäische Segregationsforschung konzentriert sich speziell im Rahmen der wissenschaftlichen Debatte um Tendenzen der sozialen Iso-

lation und Ausgrenzung auf die räumliche Segregation von ethnischen Minderheiten und Haushalten mit prekärem Sozialstatus (Dangschat 2000; Marcuse 1998). Dabei werden auch die Methoden, Erklärungsmodelle und Erkenntnisse der amerikanischen Segregationsforschung rezipiert und auf ihre Angemessenheit für die Analyse der sozialräumlichen Entwicklung europäischer Kommunen geprüft (vgl. die Debatte bei Häußermann/Kronauer/Siebel 2004).

6.2 Tendenzen sozialräumlicher Segregation: Die USA und Europa im Vergleich

Es war kein Zufall, dass sich die Pionierstudien zum Phänomen der sozialräumlichen Segregation und deren ethnischer Dimension ausgerechnet dem Fallbeispiel Chicago widmeten, wo kein kritischer Beobachter übersehen konnte, dass die Haushalte abhängig von Sozialstatus und Ethnie unterschiedliche Wohnviertel bevorzugten (O'Connor 2004). R. Park verwies in den 1920er Jahren auf die Verknüpfung von sozialer und räumlicher Distanz und diagnostizierte die Ausformung von *natural areas* der Bevölkerungsgruppen. Die jüngere amerikanische und stärker noch die europäische Segregationsforschung richten ihr Erkenntnisinteresse auf Mechanismen der Makroebene (Globalisierung, Deindustrialisierung), die eine räumliche Konzentration armutsgefährdeter Haushalte bewirken. Wilsons *underclass* ist nicht ethnisch homogen, sondern ein heterogenes Konglomerat aus Erwerbslosen und prekär Beschäftigten, die in strikter räumlicher Separierung von den amerikanischen Mittelschichten leben (Wilson 1987). Segregation wird nicht als Übergangs-, sondern als Dauerphänomen verstanden, das Jugendlichen Chancen auf gesellschaftliche Integration nimmt. Erkennbar wird der Widerspruch zu Milton Friedman, der Segregation prinzipiell positiv bewertet, da sie die urbanen Unterschichten zu besonderen sozialen Aufstiegsanstrengungen motiviere.

Die Ergebnisse von Segregationsanalysen, die sich mit dem Fallbeispiel der Metropole Chicago auseinandersetzen, sind nur bedingt aussagekräftig, da die Segregation benachteiligter Bevölkerungsgruppen in Chicago ein selbst für amerikanische Großstädte extremes Niveau erreicht. Für die europäischen Städte gilt ohnehin, dass sie im 20. Jahrhundert durch eine deutlich geringere sozialräumliche Segregation geprägt waren als die durchschnittliche amerikanische Großstadt. Bei der Frage nach den Ursachen für diesen markanten Unterschied wird zu Recht auf jene Kräfte verwiesen, die in den europäischen Städten eine hohe sozialintegrative Wirkung entfalteten.

Dies waren erstens eine Erwerbsgesellschaft, die Vollbeschäftigung bot, zweitens ein Wohlfahrtsstaat, der Krisensituationen durch an Erwerbsarbeit geknüpfte Geldleistungen entschärfte, und drittens ein sozialer Wohnbau sowie eine damit verbundene stadtplanerische Intervention der Kommunen (Häußermann/Siebel 2004). Der staatlich geförderte Wohnungsneubau beschränkte sich nicht auf eine residuale Fürsorgefunktion für einkommensschwache Haushalte, sondern war explizit auch an die kaufkräftigeren Mittelschichten adressiert. Die räumliche Konzentration der (jüngeren) Komplexe des Sozialwohnbaus an der städtischen Peripherie ließ solange keine sozialen „Wohnghettos“ entstehen, als großzügige Einkommensgrenzen auch Mittelschicht Haushalten Zugang zu Sozialwohnungen eröffneten. Da qualitativ ansprechende Wohnungen zu günstigen Mietpreisen verfügbar waren, akzeptierten einkommensstärkere Familien die direkte Wohnnachbarschaft zu Haushalten mit abweichendem Lebensstil und Konsumnormen. Die soziale Durchmischung im Wohnbereich entwickelte sich im 20. Jahrhundert zu einem wesentlichen Charakteristikum der sozialintegrierten europäischen Stadtgesellschaft.

Die Tatsache, dass auch in den europäischen Städten die sozialräumliche Segregation seit rund zwanzig Jahren zunimmt, lenkt die Aufmerksamkeit von Wissenschaft und Öffentlichkeit auf jene Faktoren, welche die Integrationskraft der europäischen Stadt nachhaltig schwächen. In allen angeführten Teilbereichen werden gravierende und folgenreiche Veränderungen identifizierbar. Sie betreffen die Erwerbsgesellschaft (Zunahme von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung), den Wohlfahrtsstaat (Kürzung der Sozialtransfers und Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen) und den Rückzug des Staates aus der Förderung des Sozialwohnbaus bei gleichzeitiger Stärkung der Marktmechanismen in der Wohnraumversorgung.

Diese Strukturänderungen auf den Arbeits- und Wohnungsmärkten und im System der sozialen Sicherung haben zur Konsequenz, dass die europäischen Städte nicht mehr in jenem Ausmaß einen Ort der gesellschaftlichen Integration darstellen, wie dies während des 20. Jahrhunderts der Fall war. Ungeachtet der Vielzahl an Einflussfaktoren gilt, dass die räumliche Sortierung der Stadtbevölkerung entscheidend über Mechanismen auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt vermittelt wird. Wie Kuhm dargelegt hat, beeinflusst die individuelle Arbeitsmarktposition die Handlungsspielräume in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen grundlegend (Kuhm 2000). Insbesondere zwischen Arbeits- und Wohnungsmarkt besteht eine ausgeprägte Interdependenz. Daher erscheint es

angemessen, zunächst die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten und die Differenzierung der Erwerbseinkommen zu betrachten und in einem zweiten Schritt die rezenten Veränderungen auf den Wohnungsmärkten zu diskutieren.

6.3 Bestimmungsfaktoren sozialräumlicher Segregation

6.3.1 Die Tertiärisierung der städtischen Ökonomie

Die städtische Wirtschaftsstruktur unterliegt seit den 1970er Jahren einem Prozess der Tertiärisierung, der sich durch eine regionale unterschiedlich starke Expansion der Beschäftigungsmöglichkeiten in den neuen Dienstleistungsbranchen bei gleichzeitigem Rückgang der Arbeitsplätze im Industriesektor auszeichnet. Neue Formen der transnationalen Arbeitsteilung, die zur Verlagerung von lohnintensiven Industrieproduktionen führen, beschleunigen diesen Wandel ebenso wie ein gesteigerter Bedarf an unternehmensorientierten Dienstleistungen und das *Outsourcing* von Dienstleistungsfunktionen aus produzierenden Unternehmen (Bömer 2003).

Als direkte Folge dieser Strukturveränderungen verschärft sich die Einkommensungleichheit in den urbanen Ballungszentren. Der Übergang zu einer „Dienstleistungsgesellschaft“ hat ambivalente Auswirkungen auf die Entwicklung der Erwerbsarbeit: Er vermehrt die Zahl der hochqualifizierten und gut bezahlten Jobs und generiert zugleich in großer Zahl Beschäftigungsverhältnisse, die von kollektiven Arbeitsregulierungen nicht oder nur schwach erfasst werden und im untersten Einkommenssegment angesiedelt sind. Da diese Gruppe der *working poor* mit geringen und instabilen Einkommen expandiert, wird für deutsche Kommunen nicht mehr eine Spreizung, sondern bereits eine Polarisierung der Einkommensverhältnisse konstatiert (Häußermann/Kronauer/Siebel 2004).

Zugleich wird der Übergang zur Dienstleistungsökonomie von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit begleitet, der regional unterschiedlich ausfällt. Er erreicht dort ein hohes Ausmaß, wo der Zuwachs an Dienstleistungsjobs den Rückgang der Industriearbeitsplätze nicht annähernd kompensieren kann. In typischen altindustriellen Regionen, wo der wirtschaftliche Strukturwandel durch gezielte politische Interventionen einigermaßen positiv bewältigt werden konnte, hat sich ein Sockel von Langzeitarbeitslosen ausgebildet.

Die ökonomischen Strukturveränderungen beschleunigen einen Prozess, der von den kritischen Sozialwissenschaften als „Spaltung des Arbeitsmarktes“ bezeichnet wird. Die erwerbsfähige Bevölkerung untergliedert sich in

jene, die noch über ein geschütztes Normalarbeitsverhältnis verfügen, und solche, die sich in der Zone der „Entkoppelung“ aus Sozialhilfebeziehern, Langzeitarbeitslosen und anderen „Überflüssigen der Erwerbsgesellschaft“ finden. Zwischen diesen Zonen existiert eine wachsende „Zone der Verwundbarkeit“, die prekäre Arbeitsverhältnisse und arbeitsrechtlich wenig geschützte Jobs umfasst. Wie empirische Untersuchungen dokumentieren, erhöhen prekäre Beschäftigungsverhältnisse das Risiko einer Ausgrenzung aus dem Erwerbssystem signifikant (Kronauer 2002; Dörre 2003).

Die Zugehörigkeit zu einer dieser Zonen beeinflusst die Handlungsoptionen, über die Haushalte auf den Wohnungsmärkten verfügen und hat somit Auswirkungen auf die Wahl des Wohnortes im Stadtgebiet. Die Politik der Deregulierung und der Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau erhöhen die Bedeutung des Marktes (und damit der individuellen Einkommenssituation) für die Wohnungsversorgung.

6.3.2 Veränderungen auf den städtischen Wohnungsmärkten

In den städtischen Ballungszentren tragen mehrere Prozesse zur kontinuierlichen Verknappung des Angebotes an kostengünstigem Wohnraum bei. Im Bereich der Innenstädte erfolgt in verstärktem Ausmaß seit den 1990er Jahren die Sanierung und Modernisierung der qualitativ defizitären, jedoch relativ preisgünstigen privaten Altmietwohnungsbestände. Die sanierten und qualitativ aufgewerteten Altbauwohnungen werden entweder als Miet- oder Eigentumswohnungen im obersten Qualitäts- und Preissegment am Wohnungsmarkt wieder angeboten. Hinter der Aufwertung von innerstädtischen Wohnquartieren steht eine spezifische Investitionsstrategie von renditeorientierten privaten Immobilieneigentümern, die auf eine erhöhte Nachfrage kaufkräftiger Mittelschicht Haushalte nach Wohnungseigentum in attraktiven innenstadtnahen Wohnlagen reagieren. Für jüngere, bindungs- und kinderlose Haushalte mit relativ hohem Bildungsniveau sind die Innenstädte aufgrund ihrer räumlichen Nähe zu den Arbeitsstätten und stark frequentierten Kultur- und Freizeitangeboten besonders attraktiv.

Ungleich gravierendere Auswirkungen als die Reduktion des preisgünstigen privaten Mietwohnungsangebotes hat die beschleunigte Schrumpfung der Bestände des sozialen Wohnbaus, die eine Folge des Paradigmenwechsels staatlicher Wohnungspolitik ist. Da die Förderprogramme für den Sozialwohnbau auslaufen oder ihre Größenordnung deutlich reduziert wird, sinkt das geförderte Neubauvolumen in dramatischem Umfang. Rückläufige Fertigstellungsziffern und das Auslaufen

von Mietpreis- und Belegungsbindungen verringern den Gesamtbestand an Sozialwohnungen. Wenn keine Bindungen mehr gelten, können Sozialwohnungen am freien, unregulierten Wohnungsmarkt zu den dort gültigen Regelungen der Preisbildung angeboten werden. Der Rückgang des kostengünstigen Sozialwohnungsbestandes wurde speziell in Deutschland durch die Aufhebung des Instruments der Wohnungsgemeinnützigkeit (WGG) noch erheblich beschleunigt.

In Teilen Europas (England, Deutschland, Frankreich, Niederlande) erfolgt eine Privatisierung von Sozialwohnungen an renditeorientierte Privateigentümer. Nach einer Privatisierungswelle von Kommunalwohnungen in England während der 1980er Jahre werden gegenwärtig die Wohnungsbestände deutscher Kommunen und Länder privaten Investorengruppen offeriert. Da ihre Budgets durch hohe laufende Subventionsverpflichtungen belastet werden, sind die Kommunen bestrebt, große Teile ihres Wohnungsbestandes zu veräußern. Im Gegensatz zu den Kommunalverwaltungen, die sich zu einer sozialorientierten Belegungs- und Mietpreispolitik verpflichtet sehen, liegt die Zielsetzung der privaten Neoeigentümer in einer kurzfristigen Verwertung der erworbenen Wohnungsbestände. Diese „Kurzatmigkeit“ wird verschärft durch das Engagement von kapitalstarken ausländischen Immobilienfonds, die den Mietwohnungsmarkt unter Ausnutzung günstiger Refinanzierungsmöglichkeiten als neues Investitionsfeld erschließen und kommunale Wohnungsbestände en bloc erwerben. Trotz Garantieerklärungen von Managern und Politikern können die Mietpreis- und Belegungsbindungen nach dem Eigentümerwechsel nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Möglichkeiten der Kommunen, privaten Wohnungsanbietern soziale Verpflichtungen aufzuerlegen, sinken signifikant.

Die Restbestände an Sozialwohnungen verändern ihre Funktion, da sie sich zu Instrumenten zur Versorgung von leistungsschwachen Wohnungsnachfragern wandeln. Durch die Einführung von Subjektförderungen und die Fixierung von strengen Einkommensgrenzen, die den Zugang zu den Sozialwohnungen regeln, werden die Zielgruppen des sozialen Wohnbaus neu definiert. Die „Fehlbelegung“ durch Haushalte, die während ihres Erwerbszyklus Einkommenszuwächse erzielen und daher die Einkommensgrenzen für Sozialwohnungen überschreiten, wird von den wohnungspolitischen Akteuren zunehmend als Problem empfunden. Das traditionelle Zielgruppenkonzept des sozialen Wohnbaus, das nur vermögende Haushalte von Sozialwohnungen ausschließt, scheint mit dem Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit nicht mehr in Einklang zu stehen. Daher experimentieren einige Länder (Deutschland, Frankreich) mit

„Fehlbelegungsabgaben“, die von Haushalten, deren Einkommen die fixierten Einkommensgrenzen überschreiten, zu entrichten sind. Bei der Wiedervermietung von Sozialwohnungen gelten zudem niedrigere Einkommensgrenzen, die eine Wohnungsbelegung durch einkommensschwächere Haushalte gewährleisten sollen.

Die dargestellten Veränderungen auf den städtischen Wohnungsmärkten – die Aufwertung von innerstädtischen Wohnungen („Gentrifizierung“), die sukzessive Auflösung der Sozialwohnungsbestände, die Privatisierungspolitik – sind Ausdruck für den Übergang zu einem marktformigen Modell der Wohnraumversorgung in weiten Teilen West-, Mittel- und Osteuropas.

Die Durchsetzung der Marktsteuerung hat erhebliche Folgeeffekte auf die Qualität der Wohnraumversorgung der einzelnen Gruppen von Wohnungsnachfragern. Als dominanter Trend zeichnet sich ab, dass bei Haushalten mit geringem Erwerbseinkommen aus prekärer Erwerbsarbeit oder staatlichen Sozialtransfers die Versorgungsprobleme mit Wohnraum deutlich zunehmen. Da zugleich das Angebot an preisgünstigen Sozialwohnungen sinkt, wird jenes Segment des Wohnungsmarktes eingeengt, das sich für jene Haushalte eignet, die aufgrund ihrer Einkommenssituation oder Diskriminierungen durch die Wohnungsanbieter den wenig regulierten Wohnungsmarkt nicht nutzen können. Selbst einkommensstärkere Haushalte finden auf dem freien Wohnungsmarkt häufig nur noch eine leistbare Wohnung, wenn sie ihre Wohnansprüche deutlich reduzieren. Dies erhöht ihren Nachfragedruck auf das preisgünstige Mietwohnungssegment und bewirkt Verdrängungseffekte zu Lasten von leistungsschwächeren Wohnungswerbern. Nur für eine Minderheit von Haushalten mit Höchsteinkommen eröffnen die Aufwertung innerstädtischer Quartiere und das vermehrte Angebot an Eigentumswohnungen neue Wahlmöglichkeiten auf dem städtischen Wohnungsmarkt. Als Gewinner des ökonomischen Wandels können sie – gestützt auf eine hohe Kaufkraft – ihre individuelle Wohnsituation verbessern. Sie profitieren von der Politik der Deregulierung und der Stärkung der Marktmechanismen, die Privatinvestitionen in Luxusimmobilien zu einem lukrativen Geschäft macht, wenn ein Mindestmaß an kaufkräftiger Nachfrage existiert.

6.4 Ausprägung sozialräumlicher Segregation in Ballungsräumen

Folgt man empirischen Studien (Häußermann/Kapphan 2004; Willems 2005), die sich mit der Segregation in deutschen Großstädten beschäfti-

gen, dann führen drei Pfade zur räumlichen Sortierung der Haushalte nach den Kriterien Einkommen, Wohnqualität, Konsum und Lebensstil:

Erstens bewirkt die Aufwertung von innerstädtischen Quartieren und die damit verbundene Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen einen Bevölkerungsaustausch, der auch die Sozialstruktur dieser Stadtviertel fundamental verändert. Wenige der bisherigen Mieter können ihre Wohnungen käuflich erwerben, während eine Mehrheit mit geringerem ökonomischem Potenzial zu einem Wohnungswechsel gezwungen ist. Fallübergreifend gilt, dass einkommensschwächere, ältere Mieterhaushalte durch ökonomisch leistungsfähigere, jüngere Wohnungswerber verdrängt werden. Dieser Prozess kann in einzelnen Städten und Stadtvierteln je eigene Prägungen erhalten (Häußermann/Siebel 2004). Dort, wo diese soziale Umschichtung bereits in Gang gekommen war, erfährt sie durch die Aufwertungsstrategie der privaten Immobilieneigentümer eine signifikante Verschärfung. Mit der Verdrängung aus ihren bisherigen Wohnungsbeständen verbindet sich für die betreffenden Haushalte ein räumlicher Mobilitätswang, der durch den Rückgang des Angebotes an Sozialwohnungen in innerstädtischen Lagen zusätzlich verstärkt wird. Haushalte, die sich die Wohnungspreise und -mieten der sanierten Wohnungen nicht mehr leisten können, beginnen sich in den peripheren Großsiedlungen des Sozialwohnbaus zu konzentrieren. In dem Maße, in welchem die Gentrifizierung der Innenstädte forciert wird, verschärft sich die räumliche Ballung leistungsschwächerer Haushalte. Neben „*Oasen der gehobenen Wohnviertel in den besten Stadtlagen*“ kristallisieren sich „... *allmählich verfallende Quartiere der desorganisierten Peripherie und citynabe Armutsinseln heraus*“ (Keckces 1999).

Zweitens entwickeln sich speziell in Frankreich und Deutschland jüngere Sozialwohnungsbestände zum Auffangbecken für sozial marginalisierte Bevölkerungsgruppen, oder solche, die von sozialer Ausgrenzung akut bedroht sind. In deutschen Kommunen wird diese räumliche Konzentration durch Mobilitätsbewegungen hervorgerufen, die sozial selektiv sind. Bei dieser Form innerstädtischer Wanderungen unterscheiden sich die Sozialprofile von Ab- und Zuwanderern signifikant voneinander. Jene Bewohner, die in das Stadtviertel zuziehen, sind zu einem höheren Anteil von Arbeitslosigkeit betroffen und verfügen über ein deutlich geringeres Einkommen als jene Haushalte, die das Quartier in Richtung anderer Stadtteile oder des suburbanen Umlandes verlassen. Verkürzt formuliert folgt auf jeden einkommensstärkeren Haushalt, der das Quartier verlässt, ein deutlich einkommensschwächerer Haushalt nach (Häußermann/Kaplan 2004; Kaplan 2002).

Strengere Einkommensgrenzen, die den Zutritt zu den Sozialwohnungen regeln, stellen sicher, dass einkommensschwächere Haushalte in wiedervermietete Sozialwohnungen nachrücken. Dadurch schärft sich das Sozialprofil der Großwohnsiedlungen in Richtung einer stärkeren sozialen Homogenität und verlieren die Stadtviertel zunehmend den Charakter durchmischter Zonen, die sich aus Haushalten mit unterschiedlichen Einkommensverhältnissen und sozialem Status zusammensetzen. Für Haushalte mit höherem Einkommen sinkt der Wohnwert der Wohnkomplexe, wenn Familien zuziehen, die dauerhaft von staatlichen Sozialtransfers abhängen und aufgrund ihres Wohnverhaltens in anderen Stadtvierteln nicht akzeptiert werden. Mittelschichtangehörige finden sich häufig in „unfreiwilliger Nachbarschaft“ zu Familien, die aufgrund ihrer sozialen Lage und abweichender Verhaltensmuster als soziale Belastung des direkten Wohnumfelds eingestuft werden (Herlyn 2000). Wenn zusätzlich kulturelle Konflikte mit Migranten aufbrechen, kann sich daraus relativ rasch eine „überforderte Nachbarschaft“ entwickeln. Die Verwahrlosung des öffentlichen Raumes sowie eine qualitative Verschlechterung des privaten und öffentlichen Dienstleistungsangebots tragen wesentlich zur Minderung der Attraktivität von Wohnstandorten bei.

Der Paradigmenwechsel in der staatlichen Wohnungspolitik, der die Restbestände an Sozialwohnungen zu Instrumenten der Versorgung von nicht marktfähigen Haushalten umfunktioniert, hat erhebliche Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten der Mittelschichten. Die Einführung von Fehlbelegungsabgaben vermittelt Mittelschichtenhaushalten einen starken Impuls zum Wegzug aus den sozialen Wohnsiedlungen der städtischen Peripherie. Die reduzierten Mieten für Sozialwohnungen galten als eine Art staatliche „Prämie“, die einkommensstärkere Haushalte für das Wohnen in sozial durchmischten Quartieren bezogen (Häußermann/Siebel 2001). Sobald dieser finanzielle Anreiz durch eine Fehlbelegungsabgabe wegfällt, wächst die Bereitschaft zum Wohnortwechsel in ein sozial homogeneres Viertel (oder eine städtische Umlandgemeinde) mit besseren Wohnumfeldbedingungen. Nach Einführung einer Fehlbelegungsabgabe rentiert sich der Erwerb von Wohnungseigentum, der durch großzügige staatliche Förderungen subventioniert wird und ein wichtiges Wohnziel für Mittelschichtenhaushalte verkörpert (Egner et al. 2004).

Die sozialräumliche Segregation von Innenstädten und peripheren Wohnsiedlungen des sozialen Wohnbaus zeichnet sich durch einen ausgeprägten Prozesscharakter aus: speziell in Großwohnsiedlungen wirken die soziale Entmischung der Wohnbevölkerung und sozial selektive Mobilitätsbewegungen zusammen und verstärken einander wechselseitig, bis

sich jene sozial homogenen Stadtrandviertel ausbilden, die von Kritikern nicht zu Unrecht als die neuen Wohnghettos des 21. Jahrhunderts bezeichnet werden.

Ein abweichender Weg führt zum dritten Typ des sozial homogenen Quartiers. In bestimmten Stadtquartieren (wie vor allem Berlin und Teilen des Ruhrgebiets) erfolgt in einer relativ kurzen Zeitspanne ein kollektiver Abstieg der unselbständig Erwerbstätigen. Davon sind typischerweise Arbeiterviertel oder Wohngebiete mit relativ hohem Arbeiteranteil betroffen, wo der Verlust von Industriearbeitsplätzen zur Konsequenz hat, dass eine Mehrheit der Quartiersbewohner ihre reguläre Erwerbsarbeit dauerhaft verliert (Häußermann/Kaplan 2004). Die Wohnbevölkerung des Quartiers erleidet (in einer Art „Fahrstuhleffekt“) einen kollektiven sozialen Statusverlust, der sich neben massiven Einkommensverlusten auch in wachsender räumlicher Isolation und sozialer Distanz zu den Mittelschichten niederschlägt. Haushalte, die vom sozialen Abstieg nicht betroffen sind, tendieren zu einer Abwanderung aus diesen als soziale „Brennpunkte“ wahrgenommenen Stadtvierteln.

Der kollektive Abstieg ganzer ehemaliger Arbeiterviertel ist in jenen Regionen besonders ausgeprägt, wo ein Großbetrieb oder eine Industriearbeitsstätte (wie die Grundstoffindustrie) den lokalen Arbeitsmarkt dominierte und kaum wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur gesetzt wurden. In einer monoindustriellen Wirtschaftsregion bewirkt der Prozess der Deindustrialisierung einen dramatischen Anstieg der Erwerbslosigkeit, da kaum alternative Erwerbsmöglichkeiten verfügbar sind und eine Mehrheit der Quartierbewohner über Qualifikationsprofile verfügt, die einer Reintegration in den Arbeitsmarkt wenig förderlich sind.

6.5 Ethnische Segregation – sozialräumliche Segregation

Um Fehleinschätzungen und Missverständnisse zu vermeiden, wird in jüngeren Untersuchungen für eine strikte analytische Trennung zwischen ethnischer und sozialräumlicher Segregation plädiert (Häußermann/Siebel 2001). Wie eine Reihe von Fallbeispielen dokumentiert, ist ein hoher „Ausländer“anteil in einem „benachteiligten Stadtquartier“ (Kronauer) nicht unkritisch als Ausdruck ethnischer Segregation zu werten. Wenn eine räumliche Konzentration von „ausländischen Haushalten“ in solchen Quartieren erfolgt, hängt dies nicht mit der ethnischen Herkunft per se, sondern vielmehr mit Mechanismen auf den Wohnungs- und Arbeitsmärkten, Diskriminierungen durch Vermieter und

Arbeitgeber sowie einem grundlegenden Mangel an politischen Partizipationschancen zusammen (Loch 1998). Bei „ausländischen“ Haushalten hat nicht allein die Einkommenslage, die sich aus einer häufig schwachen Arbeitsmarktposition ergibt, Rückwirkungen auf die Handlungschancen am Wohnungsmarkt. Strukturelle Veränderungen auf den Wohnungsmärkten, wie insbesondere der Rückgang der Sozialwohnungsbestände und die Aufwertung der Innenstädte, wirken ebenso belastend wie diskriminierende Praktiken der Wohnraumanbieter (Bremer/Gestring 2004).

Welche Wirkungen diese Einflussfaktoren auf die räumliche Verteilungsstruktur von Migranten ausüben, kann in Großstädten quer durch Europa beobachtet werden. Migrantenhaushalte sind überdurchschnittlich häufig von Erwerbslosigkeit, prekärer Beschäftigung in der expandierenden städtischen Dienstleistungswirtschaft und ungünstigen Wohnverhältnissen betroffen. In segregierten großstädtischen Quartieren treffen sie auf inländische Bevölkerungsteile, die sich in einer ähnlich prekären sozialen Situation befinden. Der Prozess der sozialräumlichen Segregation führt somit Gruppen mit vergleichbaren sozialen Problemlagen in benachteiligten Quartieren zusammen, die zugleich äußerst schwierige Bedingungen für eine Sozialintegration von Migranten bieten (Anhut/Heitmeyer 2000). Traditionelle Arbeiterviertel in monoindustriellen Ballungszentren veränderten sich als Konsequenz des ökonomischen Strukturwandels zu Zonen der Konzentration von in- und „ausländischen“ Haushalten ohne reguläre Erwerbsarbeit. Für „inländische“ Erwerbstätige, die das Stadtviertel verlassen, rücken ökonomisch marginalisierte Migrantenhaushalte in die freien Wohnungen nach. Die französischen *banlieues* wandelten sich von Orten der Sozialintegration der französischen Arbeiterklasse („rote Vororte“) zu Räumen für die sozialen Verlierer des ökonomischen Strukturwandels, unter denen sich überproportional viele Migranten finden (Wacquant 2004).

Dort, wo noch ein intakter sozialer Wohnungsbestand existiert und die Stadtplanung auf periphere Großwohnsiedlungen verzichtete, wird selbst in benachteiligten Vierteln eine ethnische und soziale Mischstruktur erreicht und die Sozialintegration von Migranten erleichtert. In holländischen Arbeitervierteln sind Migranten und Holländer zwar häufig vom formellen Arbeitsmarkt ausgeschlossen, profitieren jedoch von einer gemeinnützigen Wohnungsversorgung, die ihren sozialen Abstieg bremst. Die Viertel gelten als „wohlhabend und gleichzeitig sozial gespalten“ und ähneln optisch den Wohnquartieren der arbeitsmarktintegrierten Mittelschichten (Burges/Kloosterman 1998).

Ein spezifisches Mobilitätsverhalten kennzeichnet jene „ausländischen“ Haushalte, denen auf Basis höherer Qualifikationen eine ökonomische Integration gelingt. Sie orientieren sich an den Wohn- und Lebensstandards der inländischen Mittelschichten und tendieren zu räumlicher Differenzierung von der eigenen Zuwanderungsethnie. Daher wandern sie aus jenen Stadtvierteln ab, deren Wohnwert als gering eingestuft wird, und streben nach der Begründung von Wohnungseigentum im städtischen Umland (Bremer/Gestring 2004). Der Grund für ihre Wohnmobilität liegt demnach nicht in einem „Ausländerproblem“ an ihrem bisherigen Wohnort begründet, sondern reagiert auf Defizite in der Wohnqualität, im Wohnumfeld sowie der infrastrukturellen Ausstattung.

6.6 Von benachteiligten zu benachteiligenden Quartieren

Folgt man den Ergebnissen instruktiver Studien zur sozialräumlichen Entwicklung (Kronauer 2002; Kapphan 2000), dann üben benachteiligte Quartiere eine benachteiligende Wirkung auf die Quartiersbewohner aus. Die Übernahme von Verhaltensorientierungen, die für das Quartier typisch sind, von der Mehrheitsgesellschaft jedoch als abweichend definiert werden, beeinträchtigt die Chancen der Quartiersbewohner auf den Arbeitsmärkten. Benachteiligend wirken die materielle Ausstattung des Quartiers (Qualität als Wohnort; Nähe zu Sozial- und Kultureinrichtungen) und Defizite bei kommunalen und privaten Dienstleistungsangeboten. Ein „unsichtbarer“ Quartiereffekt liegt im Negativimage des Stadtviertels, das die Akzeptanz seiner Bewohner bei den *gatekeepern* auf den Wohnungs- und Arbeitsmärkten beeinträchtigt und räumliche sowie soziale Mobilität substanziell erschwert. Andererseits wurde betont, dass auch benachteiligte Quartiere Ressourcen in Form sozialer Netzwerke, örtlicher Sozialeinrichtungen oder einer informellen Ökonomie bereitstellen (Herlyn 2000), die zur Entschärfung individueller sozialer Krisenlagen beitragen können. Diese Nutzungsangebote eines Quartiers werden allerdings nur von einem Teil der Quartierspopulation positiv als Ressource entschlüsselt (Kronauer/Vogel 2004). Was für die einen Quartiersbewohner eine Ressource verkörpert, erscheint anderen wenig nützlich oder gar als zusätzliche Beeinträchtigung ihrer sozialen Lage.

6.7 Resümee

Wie die Situation in europäischen Ballungszentren zeigt, bewirkt die wachsende Einkommensungleichheit in der städtischen Gesellschaft eine

zunehmende sozialräumliche Segregation, die in der Wohnortwahl von Haushalten mit unterschiedlichen Einkommensspielräumen zum Ausdruck gelangt. Die Segregation zwischen Stadtgebiet und Umland wird ergänzt durch verschärfte innerstädtische Segregationstendenzen, die eine Konzentration einkommensschwacher Haushalte in benachteiligten Stadtvierteln bewirken. Neben den Großsiedlungen des sozialen Wohnbaus, die häufig an den Stadtrandzonen situiert sind, entwickeln sich auch traditionelle Arbeiterviertel zu Zonen mit überdurchschnittlicher Sozialhilfedichte und Arbeitslosenquote. Parallel dazu avancieren innenstadtnahe Wohnquartiere, in denen eine Modernisierung von Altbauwohnungen erfolgt, zu bevorzugten Wohngebieten für Mittelschichtenhaushalte, die über hohe Einkommen aus qualifizierter Dienstleistungsarbeit (Unternehmensberatung, Banken) verfügen.

Die räumliche Ballung von Haushalten mit prekärem Sozialstatus resultiert nicht allein aus ökonomischen Strukturwandlungen, die zu einer stärkeren Differenzierung der individuellen Arbeitsmarktpositionen führen; sie wird durch die rezenten Entwicklungen auf den urbanen Wohnungsmärkten wesentlich verschärft. Diese sind die Folge eines Kurswechsels der staatlichen und kommunalen Wohnungspolitik, die Regulierungen aufweichen und das Prinzip der Marktsteuerung stärken. Der soziale Wohnungsbau wird drastisch reduziert und fungiert als Instrument zur Versorgung nicht marktfähiger Haushalte, dient jedoch nicht mehr der allgemeinen Wohnraumversorgung oder als Mietkorrektiv für den unregulierten Wohnungsmarkt. Die Verlierer der Spaltung des Arbeitsmarktes sind auf räumlich konzentrierte Sozialwohnungsbestände und jene privaten Wohnungsangebote angewiesen, die von marktfähigen Wohnungsnachfragern gemieden werden. Dadurch entwickeln sich – über eine sozial selektive Mobilität – urbane „Armutszonen“, deren Bevölkerungsstruktur durch sozialtechnische Zuweisungen der Kommunen an Homogenität gewinnt.

Segregierte Quartiere können ihren Bewohnern zwar Ressourcen bereitstellen, tragen jedoch über negative Quartiereffekte substanziell zur Verfestigung sozialer Exklusion bei. In der politischen Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Segregation werden unterschiedliche Lösungsansätze ventiliert: Einer Politik der Desegregation werden selbst dann geringe Erfolgchancen eingeräumt, wenn die sozialräumliche Segregation eine geringere Ausprägung als in französischen Kommunen oder den USA erreicht hat. Perspektivreicher sind die Ansätze eines „Quartiersmanagement“, das in deutschen Großstädten durchaus erfolgreich implementiert wurde. Dem Quartiersmanagement liegt ein integra-

tiver Politikansatz zugrunde, der auf der Erkenntnis basiert, dass Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt und Wohnumfeld keine isolierten kommunalen Handlungsfelder sind. Dem Abbau gesamtstaatlicher Interventionsleistungen wird mit einer Stärkung lokaler Initiativen begegnet, die Maßnahmen der Wohnungsverbesserung, Qualifizierung und Beschäftigung auf Quartiersebene sinnvoll verknüpfen. Strategien des Quartiersmanagement verlaufen dann erfolgreich, wenn die zentralen institutionellen Akteure, zu denen Kommunalverwaltungen ebenso rechnen wie Wohnungsunternehmen, zu einer Verhaltensänderung in Richtung ressortübergreifender Kooperation und Partnerschaft mit den Quartiersbewohnern bereit sind (Walther 2004; Dangschat 2004; Deutsches Institut f. Urbanistik 2005).

Literatur

- Anut R./Heitmeyer, W. (2000): Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption, in: Dies. (Hrsg.): Bedrohte Stadtgesellschaft, Weinheim-München
- Bömer, H. (2003): Flexible Akkumulation, neues Produktionsregime und Krise der Ruhrgebietspolitik – was leistet die Regulationstheorie, in: Dörre K./Röttger B. (Hrsg.): Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells, Hamburg 2003, 289-311
- Breckner I. (2000): Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, in: Häußermann H. (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen 2000
- Bremer P./Gestring, N. (2004): Migranten – ausgegrenzt?, in: Häußermann H. et al. (Hrsg.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung, Frankfurt/Main, 258-285
- Burgers J./Kloosterman, R. (1998): Dutch Comfort. Postindustrieller Übergang und soziale Ausgrenzung in Spangen, Rotterdam, in Heitmeyer W. et al. (Hrsg.): Die Krise der Städte, Frankfurt/Main, 211-232
- Dangschat J. S. (1998): Warum ziehen sich Gegensätze nicht an? Zu einer Mehr-Ebenen-Theorie ethnischer und rassistischer Konflikte um den städtischen Raum, in: Heitmeyer W. et al. (Hrsg.), 21-99
- Dangschat J. S. (2000): Segregation, in: Häußermann H. (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen, 209-221
- Dangschat J. S. (2004): Segregation – Indikator für Desintegration, in: Journal für Konflikt und Gewaltforschung Nr. 6, 6-31
- Deutsches Institut f. Urbanistik (2005): Handlungsfelder Integrierter Stadtteilentwicklung
- Dörre K. (2003): Das flexibel-marktzentrierte Produktionsmodell – Gravitationszentrum eines neuen Kapitalismus, in: Dörre K./Röttger B. (Hrsg.): Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells, Hamburg, 7-34.

- Egner B. et al. (2004): Wohnungspolitik in Deutschland, Darmstadt
- Farwick A. (2001): Segregierte Armut in der Stadt. Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern, Opladen
- Farwick A. (2004): Segregierte Armut. Zum Einfluss städtischer Wohnquartiere auf die Dauer von Armutslagen, in: Häußermann H. et al. (Hrsg.), 286-314
- Friedrichs J. (2000): Gentrification, in: Häußermann H. (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen, 57-66
- Friedrichs J./ Blasius J. (2000): Leben in benachteiligten Quartieren, Opladen
- Hamedinger A. (2002): Sozialräumliche Polarisierung in Städten, in: SWS-Rundschau, 122-138
- Häußermann H. (2003): Die Krise der „sozialen Stadt“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 13-21
- Häußermann H./Siebel W. (2001): Sozialräumliche Integration von Zuwanderern, Gutachten
- Häußermann H./Siebel W. (2004): Stadtsoziologie, Frankfurt/Main
- Häußermann H./Kapphan A. (2004): Berlin: Ausgrenzungsprozesse einer europäischen Stadt, in: Häußermann H. et al. (Hrsg.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung, Frankfurt/Main, 203-234
- Häußermann H./Kronauer M./Siebel W. (2004): Stadt am Rand: Armut und Ausgrenzung, in: Häußermann H. et al. (Hrsg.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung, Frankfurt/Main, 7-42
- Herlyn U. (2000): Milieus, in: Häußermann H. (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen, 151-160
- Kapphan A. (2002): Das arme Berlin, Sozialräumliche Polarisierung, Armutskonzentration und Ausgrenzung in den 1990er Jahren, Opladen
- Keckes R. (1999): Sozialräumlicher Wandel in westdeutschen Großstädten, in: Friedrichs J. (Hrsg.): Die Städte in den 1990er Jahren. Demographische, ökonomische und soziale Entwicklungen, Opladen, 213-240
- Kronauer M. (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hochentwickelten Kapitalismus, Frankfurt/Main
- Kronauer M./Vogel B. (2004): Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartiereffekte, was Lageeffekte?, in: Häußermann H. et al. (Hrsg.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung, Frankfurt/Main, 203-234
- Kuhm K. (2000): Exklusion und räumliche Differenzierung, in: Zeitschrift für Soziologie Nr. 29, 60-77
- Loch D. (1998): Soziale Ausgrenzung und Anerkennungskonflikte in Frankreich und Deutschland, in: Heitmeyer W. et al. (Hrsg.): Die Krise der Städte, Frankfurt/Main, 266-296
- Marcuse P. (1998): Ethnische Enklaven und rassistische Gettos in der postfordistischen Stadt, in: Heitmeyer W. et al. (Hrsg.): Die Krise der Städte, Frankfurt/Main, 176-193
- O'Connor A. (2004): Rasse, Klasse und Ausgrenzung. Das Konzept der Unterklasse in historischer Perspektive, in: Häußermann H. et al. (Hrsg.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung, Frankfurt/Main, 43-71.

- Park R. E./Burgess E. W./McKenzie R. D. (1925): *The City*. Chicago, Chicago
- Stöger H. (2005): *Wohnungsgemeinnützigkeit in Oberösterreich, eine kritische Bestandsaufnahme*, Linz
- Wacquant L. (2004): *Urban Outcasts. Towards a Sociology of Advanced Marginality*, Cambridge
- Walther U. (2004): *Armut und Ausgrenzung in der sozialen Stadt. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand*, Darmstadt
- Willems H. (2005): *Die gespaltene Stadt. Sozialräumliche Differenzierung und die Probleme benachteiligter Wohnquartiere*, in: Heitmeyer W./Imbusch P. (Hrsg.): *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft*, Wiesbaden, 454-461
- Wilson W. (1987): *The Truly Disadvantaged*, Chicago

